Schweizerisches Bundesblatt.

Jahrgang VI. Band I.

Nro. 2.

Samstag, den 7. Januar 1854.

Man abonniert ausschließlich beim nächstgelegenen Postamt. Preis für das Jahr 1854 im ganzen Umfange der Schweiz portofrei Frkn. 4. 40 Centimen. Inserate sind frankirt an die Expedition einzusenden. Gebühr 15 Centimen per Zeile oder deren Raum.

B e r i c h t

über

die Finanzverhältnisse des eidgenössischen Bundes, veranlaßt durch die zur Prüfung der Frage über Errichtung der höhern Lehranstalten niedergesezte nationalrätbliche Kommission.

(Fortsetzung des Universitätsberichts.)

(Vorbemerkung. Die Geldsummen aus der Periode vor der Einführung des neuen Münzfußes sind in alter Schweizerwährung ausgesetzt und jeweilen nur das Schlusergebniß in neue Währung umgewandelt, und zwar der Einfachheit wegen, da es nur zum Zwecke einer annähernden Vergleichung geschieht, zu dem Reduktionsfuß von 70 zu 100, während der ganz richtige Reduktionsmaßstab zwischen 68—71 zu 100 wechselt. Bei den Summen in alter Währung wird das Zeichen Liv., bei denjenigen in neuer Währung das Zeichen Fr. vorgefetzt.)

Die nationalrätbliche Kommission, welche für die Begutachtung der Gesetzesentwürfe über Errichtung einer eidgenössischen Universität und polytechnischen Schule nie-

bergesetzt ward, fand eine besondere Erörterung der Frage nothwendig: Welches der Zustand der eidgenössischen Finanzen sei und ob von diesem Standpunkte aus der Errichtung jener Institute Hindernisse im Wege stehen? Das Ergebnis der Prüfung dieser Frage legen wir in den gegenwärtigen Bericht nieder.

Unter dem Bundesvertrage von 1815 bestanden die ordentlichen Einnahmequellen der Eidgenossenschaft in den Zinsen des Kriegsfonds und dem Ertrage der Gränzzölle.

Der Kriegsfond entstand aus den Liv. 2,000,000 Kriegsgeldern, welche Frankreich in Folge des zweiten Pariserfriedens an die Eidgenossenschaft bezahlte, und aus dem jährlichen Ueberschusse der Zinse und Gränzzolleinnahmen. Bis Ende 1846 hatte er sich vermehrt auf die Summe von Liv. 4,318,436. 54, wovon laut vorhandenen Tagjatzungsbeschlüssen Liv. 1,100,000 zur sofortigen Disposition baar in Kasse liegen sollten. Der übrige Theil warf einen Zinsertrag ab von Liv. 113,000.

Die Gränzzölle, welche laut dem Bundesvertrage von 1815 zu militärischen Zwecken und zu Aufnung des Kriegsfonds bestimmt waren, erzeugten in den ersten Jahren einen Ertrag von Liv. 115,000 (1818), der allmählig bis auf Liv. 273,000 (1846) anstieg.

Die verfügbaren ordentlichen Einkünfte betragen somit am Schlusse der Periode des 1815er Bundes:

Ertrag des Kriegsfonds	.	.	.	£. 113,000
Ertrag der Gränzzölle	.	.	.	„ 273,000

Zusammen £. 386,000

Neben diesen Einkünften erhob die Eidgenossenschaft bis zum Jahre 1842 zu Bestreitung der Civilausgaben

des Bundes (Kanzleiausgaben und Kosten der diplomatischen Agenten) Geldkontingente von den Kantonen; vom bemerkten Jahre hinweg bestritt sie diese Auslagen aus den genannten übrigen Einkünften.

Die Ausgaben, welche die Eidgenossenschaft zu tragen hatte, bestanden einerseits in den so eben bemerkten Civilbedürfnissen, anderseits in den Kosten der Centralmilitärverwaltung, wovon Folgendes die regelmäßig wiederkehrenden wesentlichsten Bestandtheile waren:

- a. die Bural- und Kommissionalkosten des Kriegsrathes;
- b. die Kosten der Militärschule in Thun;
- c. die Kosten der Truppenzusammenzüge in Lagern. Von 1820—1840 stiegen die Kosten eines Lagers von Liv. 41,000 bis Liv. 57,000. Von 1842 bis 1846 verdreifachte sich die Summe, indem die Lager fortan auf Liv. 140—167,000 zu stehen kamen;
- d. die Anschaffungen von eidgen. Kriegsmaterial.

Außer diesen Ausgaben vertheilte die Eidgenossenschaft in den ersten Jahren der 1815er Bundesperiode erhebliche Summen an die Kantone zur Ergänzung der Zeughäuser; später gab sie an die Kantone Beiträge zur Durchführung des Perkussionsystems, ordnete die Ausführung der topographischen Karte der Schweiz an und bestritt in vorkommenden Fällen die Kosten außerordentlicher eidgenössischer Truppenaufgebote, z. B. 1833, 1845.

Die Ausgaben im letzten normalen Jahre der 1815er Periode (1846) betragen:

a. Centrafkasserechnung (Civilausgaben)	£. 65,000
b. Militärrechnung	„ 258,000
	<hr/>
	£. 323,000

Das Ergebnis der Leistungen der eidgenössischen Verwaltung unter dem 15er Bunde war somit die Vermehrung des Kriegsfonds um mehr als zwei Millionen, Herstellung eines eidgenössischen Kriegsmaterials von ungefähr einer halben Million, Unterstützung der kantonalen Zeughäuser und wesentlicher Fortschritt in der Organisation und Instruktion der eidgenössischen Armee. Der Mangel jeder Centralisation auf dem politischen und materiellen Gebiete hemmte hinwieder jeden andern Fortschritt in gemeineidgenössischen Dingen und führte zuletzt zu der Krisis, die ihren Ausgang in der Bundesreform von 1848 fand.

Auf die kantonalen Finanzsysteme wirkte die 1815er Verfassung nur insofern ein, als sie in Bezug auf die Zölle und Weggelder die hergebrachten Gebühren zwar anerkannte, dagegen aber die Einführung neuer Abgaben dieser Art von der Bewilligung der Tagsatzung abhängig machte. Auf dem ganzen übrigen finanz- und staatswirthschaftlichen Gebiete waren die Kantone frei und durften ihre Regalien und indirekten Abgaben nach Belieben ausdehnen.

Ganz anders gestaltete sich in dieser Hinsicht das Verhältniß durch die Bundesreform. Ein leitender Grundgedanke war die Wegräumung aller Verkehrsbarrieren im Innern der Schweiz, die in der Willkür oder dem Egoismus der Kantone ihren Grund hatten. Dieß führte zur Centralisation der Zölle, der Posten und zur Einschränkung der Konsumabgaben. Von den andern aus dem gleichen Gesichtspunkte entsprungenen Schöpfungen, wie der Einheit in Münze, Maß und Gewicht, der Freiheit der Niederlassung u. s. w. reden wir hier nicht.

Ein anderer, diese materielle Centralisation beherrschender Gesichtspunkt war, die Kantone in den bisherigen Einnahmen möglichst wenig zu beschränken. Dies führte zu dem bekannten Auslösungs- und Entschädigungssystem für Zölle und Posten.

Ein nothwendiges drittes Prinzip war endlich, dem neuen Bunde, so viel wie möglich unabhängig von den Geldkontingenten der Kantone, die nöthigen finanziellen Hilfsmittel zu verschaffen. Die Grundlage hierzu wurde in den §. 39 der Bundesverfassung gelegt, der also lautet:

- „Die Ausgaben des Bundes werden bestritten:
- a. „aus den Zinsen des eidgenössischen Kriegsfonds,
 - b. „aus dem Ertrage der schweizerischen Gränzzölle,
 - c. „aus dem Ertrage der Postverwaltung,
 - d. „aus dem Ertrage der Pulververwaltung,
 - e. „aus Beiträgen der Kantone, welche jedoch nur in Folge von Beschlüssen der Bundesversammlung erhoben werden können.“

Erst in der seitherigen Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes erhielt diese finanzielle Grundlage ihre bestimmte Entwicklung. Wir erlauben uns, die bisherigen positiven Ergebnisse derselben darzustellen.

I. Einnahmen des neuen Bundes.

a. Ertrag des Kapitalvermögens.

Wenn auch der §. 39 der Bundesverfassung nur von dem Ertrage des eidgenössischen Kriegsfonds redet, so kommt hierbei doch nicht nur der Ertrag des Kriegsfonds im ehemaligen Sinne, sondern des gesammten zinstragenden Vermögens der Eidgenossenschaft in Betracht.

Die besondere Bestimmung, welche der 1815er Bundesvertrag dem Kriegsfond gab, fiel durch die neue Bundesverfassung dahin, und an deren Platz trat der Art. 40 der Bundesverfassung über die Errichtung einer Art Militärkasse, von der hienach die Rede sein wird.

Der Etat des Kapitalvermögens in Beziehung auf seinen Ertrag gestaltete sich unter dem neuen Bunde, wie folgt:

	1849	1850	1851	1852	Budget von 1853	Budget von 1854
	Liv. $\frac{S}{100}$	Liv. $\frac{S}{100}$	Liv. $\frac{S}{100}$	Fr.	Fr.	Fr.
Aktiva	292,699. 78	248,867. 21	240,732. 19	213,620. 35	240,623. 28	217,150. 09
Passiva	181,962. 06	156,344. 92	140,144. 92	149,296. 03	156,058. 12	134,973. 07
	110,737. 72	92,522. 29	100,587. 27			
Reinertrag $\frac{70}{100}$ Fr.	158,196. 74	132,174. 70	143,696. 10	64,324. 32	84,565. 16	82,177. 02

In diesen Summen ist der Ertrag des Grenus-Invalidenfonds von Kapital Fr. 1,116,318. 82 nicht begriffen, weil derselbe die Natur einer Stiftung hat und zu Spezialzwecken bestimmt ist. Vom Staats-Invalidenfond der Fr. 471,769. 62, welcher aus den Sühnegeldern von Neuenburg und Appenzell J. = Rh. gebildet ward, ist der Ertrag bis 1852 inbegriffen, von da hinweg aber weggelassen, weil in Folge von Bundesversammlungsbeschlüssen auch dieser Fond, als zu Spezialzwecken bestimmt, von der allgemeinen Verwaltungsrechnung getrennt ward.

Die Verminderung des Reinertrages um annähernd die Hälfte hat ihre Ursache einerseits in dem im Jahre 1852 erfolgten Nachlasse des Restes der Sonderbundskriegskosten im Kapitalbetrage von Fr. 3,236,798. 31, anderseits in dem nach und nach angehäuften Kassavorrathe, der am Schlusse des Jahres 1852 bereits Fr. 2,709,039. 35 betrug und auf Ende dieses Jahres voraussichtlich 3 Millionen übersteigen wird.

Mit Beziehung auf die künftige Gestaltung dieses Einnahmszweiges bemerken wir, daß derselbe sich wesentlich vermehren würde, wenn der in jährlichen Raten rückzahlbare Rest des eidgen. Anleiheaus den Ueberschüssen der laufenden Verwaltung abgetragen würde, eine Voraussetzung, auf die wir jedoch hier keine Berechnung gründen.

Hingegen kann der Betrag der zinstragenden Kapitalien dadurch vermehrt werden, daß der Kassasaldo so viel wie möglich auf diejenige Summe beschränkt wird, welchen der Art. 40 der Bundesverfassung vorsieht. Der in diesem Verfassungsartikel gebotene Baarvorrath beträgt nur Fr. 2,082,161, so daß bei dem dormal wirklich vorhandenen Kassasaldo wenigstens eine halbe Million mehr zinstragend gemacht werden kann. Auf der andern Seite wird sich das Zinserträgniß allmählig dadurch günstiger gestalten, daß mit der Abbezahlung der zu 5% verzinsslichen eidgenössischen Staatsschuld ein volles Prozent am desfalligen Zinsbetrage gewonnen wird, was bei dem noch vorhandenen Rest dieser Schuld ein Betreffniß von circa Fr. 24,000 ausmacht.

Jedenfalls kann demnach der in dem Budget von 1854 angenommene Reinertrag von rund Fr. 82,000 als Minimum des künftigen Ertrages dieses Einnahmszweiges angesehen werden.

b. Ertrag der Gränzzölle.

Der Schwerpunkt des eidgenössischen Finanzsystems liegt in den Gränzzöllen. Schon in der konstituierenden Tagsatzung ward die Deckung der Bundesbedürfnisse in dem Mehrertrage gesucht, den die Zölle über die an die Kantone zu leistende Entschädigung hinaus abwerfen würden, und dieser Mehrertrag angeschlagen zu Liv. 750,000, gleich Fr. 1,071,428

Bei der Berathung des Zolltarifes von 1849 ward der für die eidg. Verwaltung erforderliche Mehrertrag berechnet auf Liv. 1,000,000, gleich . . . „ 1,428,571

Bei der Tarifrevision von 1851 wurde ein Reinertrag vorausgesetzt von „ 1,682,000

In den Budgets ward der Ertrag der Zölle angeschlagen:

	1850	1851	1852	1853	1854
	Liv.	Liv.	Fr.	Fr.	Fr.
Bruttoertrag	3,200,000	3,200,000	4,900,000	5,100,000	5,500,000
Kosten	491,000	487,000	743,300	697,600	695,200
Bleiben	2,709,000	2,713,000	4,156,700	4,402,400	4,804,800
Davon an die Kantone	1,700,000	1,700,000	2,460,000	2,450,000	2,467,000
Reinertrag für die Bundeskasse	1,009,000	1,013,000			
$\frac{70}{100}$ Fr.	1,441,428	1,447,142	1,696,700	1,952,400	2,337,800

Das Ergebnis der Staatsrechnungen ist folgendes:

	1850	1851	1852
	11 Monate. Liv.	Liv.	Fr.
Bruttoertrag	2,856,079. 68	3,473,777. 84	5,716,014. 85
Kosten	407,854. 91	440,916. 79	676,167. 81
Bleiben	2,448,224. 77	3,032,861. 05	5,039,847. 04
An die Kantone	1,561,971. 86	1,705,216. 13	2,439,578. 32
Reinertrag für die Bundeskasse	886,252. 91	1,327,644. 92	
$\frac{70}{100}$ Fr.	1,266,075. 58	1,896,635. 60	2,600,268. 72

Die drei ersten Quartale von 1853 erzeugen gegenüber der gleichen Periode von 1852 einen Mehrertrag von Fr. 229,586. 97. Wird für das letzte Quartal ein dem Ergebnisse des vierten Quartals 1852 gleicher Ertrag angenommen, jedoch mit verhältnißmäßigem Abzug wegen der Ausnahmeverhältnisse im Tessin, so kommt der Bruttoertrag der Zölle pro 1853 zu stehen auf

	Fr. 5,945,601. 82
Kosten, laut Budget pro 1853	„ 697,600. —
Bleiben	Fr. 5,248,001. 82
Entschädigung an die Kantone	„ 2,467,000. —
Reinertrag für die Bundeskasse	Fr. 2,781,001. 82

Aus diesen Zahlen ergeben sich folgende Schlüsse: Der Bruttoertrag der Zölle übersteigt wesentlich die Berechnungen, die bei der Entwerfung der Bundesverfassung und der Zolltarife gemacht wurden, und nahm bis jetzt von Jahr zu Jahr zu. Die größte Vermehrungsstufe fällt auf das Jahr 1852, indem dieses gegen das vorhergehende Jahr eine Zunahme von über Fr. 700,000 erzeugt. Diese Ertragsvermehrung ist sowohl dem auf 1. Jänner 1852 in Kraft getretenen revidirten Zolltarife als der Verkehrszunahme zuzuschreiben.

Mit dem im Laufe gegenwärtigen Jahres erfolgten Abschlusse des Auslösungsvertrages über den Brückenzoll von Melide ward die jährliche Entschädigungssumme an die Kantone vermehrt um Fr. 12,771. 42, welcher Vermehrung in vorigen Zahlen noch nicht Rechnung getragen worden ist.

Mit Rücksicht auf die mitgetheilten Zahlen kann der Nettoertrag der Gränzzölle für das gegenwärtige Jahr

auf die runde Summe von Fr. 2,750,000 angeschlagen werden.

Es entsteht aber auch hier die Frage über die künftige Gestaltung dieses Einnahmszweiges. Wir glauben, daß diese Summe auch in Zukunft erreicht werden wird; ja wollte man aus der Verkehrszunahme der Vergangenheit auf eine gleiche Fortentwicklung in der Zukunft schließen, so könnte ein weiteres Wachsen der Summe unbedenklich angenommen werden; allein wir wollen unsern Berechnungen nur positive Ergebnisse zu Grunde legen.

Der Nettoertrag dieses Jahres beruht nicht etwa auf ausnahmsweise günstigen Verkehrsverhältnissen. Ueberdies führen wir an, daß im IV. Zollgebiete (Cessin) wegen der dortigen Gränzsperrre der Ertrag dieses Jahres im Vergleiche zu dem vorhergehenden um circa Fr. 80,000 zurückblieb. Auf die künftige Gestaltung der Verhältnisse hat noch die Thatsache Einfluß, daß die Zollausslösungssumme dermal wohl ihr Maximum erreicht hat und später wenigstens um einzelne Beträge sich vermindern wird. So wird die Auslösungssumme für die Hauensteinzölle von jährlich Liv. 25,982 in wenigen Jahren erlöschen. Das Gleiche soll geschehen bei mehreren andern Zöllen, die früher von der Tasazung nur bis zu einem bestimmten Termine bewilligt wurden, wobei freilich in den Auslösungsverträgen von 1850 in einigen Fällen die Verlängerung auf unbestimmte Zeit zugestanden wurde. Fragt man, welchen Einfluß die Erstellung der Eisenbahnen und die allfällige Milderung von Prohibitiv oder Schutzzollsystemen in Nachbarstaaten auf unsere Zolleinnahmen äußern werden, so kann die Antwort darauf nicht anders als günstig ausfallen, indem die Verbesserung der Verkehrsmittel und die Entfernung

von Verkehrshindernissen nur vermehrend auf den Verkehr wirken.

Auf der andern Seite läßt sich noch die Frage stellen, ob der gegenwärtige Zolltarif, mit dem der bisherige Ertrag erzielt ward, sich als haltbar bewährt habe? Im Allgemeinen kann die Frage wohl bejaht werden, denn wenn auch einzelne Aenderungen und Modifikationen sich als wünschenswerth erzeigen, so werden diese doch nicht von der Natur sein, daß sie einen wesentlichen Ausfall in den Einnahmen verursachen werden.

Wir glauben demnach nicht zu übertreiben, wenn wir auch für die Zukunft den Reinertrag der Gränzzölle für die Bundeskasse auf die Summe von Fr. 2,750,000 anschlagen.

c. Ertrag der Posten.

Trotzdem die Bundesverfassung die Posten mit zu den eidgenössischen Finanzquellen zählt, herrschte in der konstituierenden Tagsatzung die Erwartung nicht, daß über die Entschädigung der Kantone hinaus noch ein Ueberschuß für die Bundeskasse verbleiben werde. Der Gesammt'ertrag der Posten unter den Kantonalverwaltungen ward zu Liv. 1,000,000 angeschlagen; der Ertrag unter zentralisirter Verwaltung dagegen nur auf Liv. 750,000. Daraus entstand die Bestimmung im ersten Entwurfe, welche den Kantonen nur $\frac{3}{4}$ ihres bisherigen Ertrages garantierte, die später durch den andern Grundsatz ersetzt ward, daß im Falle der Ertrag nicht hinreicht, die Kantone voll zu entschädigen, sie sich den verhältnismäßigen Abzug gefallen lassen müssen.

Bis zum Inkrafttreten des revidirten Posttarifs am 1. Jänner 1852 reichte allerdings der Ertrag nicht aus,

die Kantone voll zu entschädigen, und von einem Ueberschusse für die Bundeskasse war keine Rede. Anders gestaltete sich dagegen das Verhältniß unter dem revidirten Tarife vom 1. Jänner 1852 an. Folgendes ist die Uebersicht der bisherigen Ergebnisse der Postrechnungen:

	1849	1850	1851	1852
	Liv.	Liv.	Liv.	Fr.
Roheinnahme	3,428,829. 49	3,632,209. 83 $\frac{1}{2}$	4,037,320. 97 $\frac{1}{2}$	6,514,634. 73
Kosten	2,693,784. 32	3,101,460. 79	3,211,104. 78 $\frac{1}{2}$	4,812,122. 90
Reinertrag	735,045. 17	530,749. 04 $\frac{1}{2}$	826,216. 19	
	$\frac{70}{100}$ Fr.			
Entschädigungsscala der Kantone	1,050,064. 52	758,212. 91	1,180,308. 84	1,702,511. 83
	1,481,957. 18	1,481,957. 18	1,481,957. 18	1,481,957. 18
Defizit für die Kantone . . Fr.	431,892. 66	723,744. 27	301,648. 34	
Reinertrag für den Bund . .				220,554. 65

Die drei ersten Quartale des laufenden Jahres ergeben folgendes Resultat:

Roheinnahme Fr.	5,387,241. 65,	mehr als in der gleichen Periode von 1852	Fr. 377,820. 22
Kosten . „	4,045,782. 41,	mehr als in der gleichen Periode von 1852	„ 441,182. 22

Demnach ist das Ergebnis der drei ersten Quartale dieses Jahres ungünstiger um Fr. 63,362. — so daß hieraus zu schließen ist, daß der Reinertrag der Posten für die Bundeskasse im Jahre 1853 um wohl bei Fr. 70—80,000 niedriger als im Jahre 1852 stehen und demnach Fr. 150,000 kaum erreichen wird.

Nach der natürlichen Entwicklung der Verkehrsverhältnisse darf man jedoch annehmen, daß in den künftigen Jahren nachhaltig der Ertrag sich nicht vermindern werde. Auch wurde die Frage über den Einfluß der Eisenbahnen auf die Rentabilität der Posten bereits bei der Behandlung der Eisenbahnfrage erörtert und in günstigem Sinne beantwortet.

Immerhin nehmen wir an, daß auf der Postrechnung wenigstens in den nächsten Jahren kein wirklicher verfügbarer Ueberschuß für die allgemeinen Bundesbedürfnisse sich erzielen werde. Im Laufe des gegenwärtigen Jahres ward die Loskaufentschädigung an Thurn und Taxis für das Schaffhausen'sche Postregal mit Fr. 150,000 ausbezahlt. Diese Ausgabe lastet ihrer Natur nach auf der Postverwaltung, und es versteht sich, daß sie vor Allem aus den Reinerträgen dieser Verwaltung zu decken ist. Ferner erscheint die Telegraphenverwaltung vor der Hand wenigstens als eine beschwerende Zugabe zur Postverwaltung. Ein Defizit darauf kann nicht den Kantonen in Rechnung gebracht werden, sondern der Bund muß es tragen. Hinwieder bringt die Natur des Verhältnisses es mit sich, daß der Ausfall der Telegraphenverwaltung und der Aufwand für Erhaltung dieses Dienstes zunächst durch den für den Bund sich erzielenden Nettoertrag der Posten gedeckt werde.

Folgendes ist die Uebersicht der bisherigen

Rechnung der Telegraphenverwaltung.

Fr. Rp.

Im Jahre 1852 betrug der Aufwand für Erstellung der Telegraphen und Verwaltung.	424,081. 55
Uebertrag	424,081. 55

	Fr. Rp.
Uebertrag:	424,081. 55
An Ertrag von Depeschen und Verschiedenem gieng ein (Der Dienst ward erst Ende Jahres eröffnet)	6,507. 90
	<hr/>
Defizit	417,573. 65

Diese Summe ward durch ein unverzinsliches Anleihen im Betrage von
Fr. 380,205. —

und durch Zuschüsse aus
der Bundeskasse von . „ 37,368. 65
aufgebracht. Das Anleihen ist in vier jährlichen Raten rückzahlbar, von welchen die erste im Jahre 1854 mit Fr. 80,041 fällig wird.

Das voraussichtliche Ergebniß des Jahres 1853, welches schon mehr dem normalen Zustande sich nähert, ist folgendes:

Fernerer Aufwand für den Linienbau
Fr. 106,858. 17

Bewaltungsausgaben „ 169,912. 59

Zusammen Fr. 276,770. 76

Die Einnahmen vom
Depeschenverkehr werden
betragen circa . . . „ 106,000. —

Folglich Defizit im
Jahre 1853

 170,770. 76

Gesammitdefizit der Telegraphenverwaltung am Schlusse des Jahres 1853 . . 588,344. 41

Ungerechnet den Aufwand für den Neubau von Linien würde sich im laufenden Jahre ein Defizit von ungefähr

Fr. 63,000 ergeben. Wenn es auch vorauszusehen ist, daß die Benutzung des Telegraphen immer mehr zunehmen und der Ertrag die Kosten allmählig ausgleichen wird, so bauen wir unsere Berechnung doch nicht auf ein solches künftiges Ereigniß und nehmen vielmehr an, daß jene Fr. 63,000 auch künftig zu decken sein werden. Wird dazu noch die Abtragung des unverzinslichen Anleiheens und die Zurückerstattung der Summe, um welche die Bundeskasse selbst im Vorschusse sich befindet, gerechnet, so wird man den obigen Ausspruch gerechtfertigt finden, daß wenigstens für die nächsten Jahre auf einen verfügbaren Ueberschuß der Postverwaltung für die allgemeinen Bundesbedürfnisse nicht zu rechnen ist.

d. Ertrag der Pulververwaltung.

In der konstituierenden Tagsatzung ward der Ertrag des Pulverregals unter zentralisirter Verwaltung zu Ew. 30,000, gleich Fr. 42,857 angeschlagen. Die Ergebnisse der bisherigen Rechnungen sind:

	1849	1850	1851	1852	Budget von 1853	Budget von 1854
	Liv.	Liv.	Liv.	Fr.	Fr.	Fr.
Roheinnahme	. .	. . .	. . .	399,134. 68	392,687	502,604
Kosten	. .	. . .	. . .	313,360. 71	309,300	442,604
Reinertrag Fr.	16,113	10,840. 17	61,789. 27			
⁷⁰ / ₁₀₀ Fr.	23,018	15,485. 95	88,270. 03	85,773. 97	83,387	60,000

Neben der Pulververwaltung läuft die Verwaltung der eidgen. Zündkapsel fabrication her, deren Kosten bisher die Einnahmen ungefähr aufzehrten. 1849 ergab sich ein Ausfall von Liv. 5344. 27, 1850 ein Einnahmenüberschuß von Liv. 394. 92, 1851 ein solcher von Liv. 647. 65, 1852 ein Ausfall von Fr. 404. 76. Diese Verwaltungsabtheilung kann demnach in Beziehung auf ihre finanzielle Seite füglich außer Betracht gelassen werden.

Was den Ertrag des Pulverregals im laufenden Jahre ansieht, so wird derselbe voraussichtlich den Voranschlag übersteigen, indem besonders in Folge der Eisenbahnbauten ein sehr starker Absatz von Sprengpulver stattfindet. Die gleiche Ursache wird auch in der nächsten Zukunft noch auf vermehrten Absatz wirken. Immerhin schlagen wir den Ertrag nicht höher an als im Budget für 1854, nämlich auf Fr. 60,000.

e. Kanzleieinnahmen, Vergütungen und Unvorhergesehenes.

Unter dieser Rubrik erscheinen:

in den Rechnungen von:

im Budget von:

	1849	1850	1851	1852	1853	1854
	Liv.	Liv.	Liv.	Fr.	Fr.	Fr.
a. Kanzleieinnahmen . .	5,635. 97	5,500. 91	4,274. 17	7,765. 71	5,500. —	5,650. —
b. Einnahmen des Militär- departements . . .	7,454. 43	4,197. 51	6,833. 48	9,187. 63	33,950. —	97,585. 91
c. Justizeinnahmen . .	— —	— —	450. —	150. —	2,500. —	1,000. —
d. Unvorhergesehenes . .	3,299. 52	30. 70	88,691. 98	106,838. 01	5,499. 91	— —
	16,389. 92	9,729. 12	100,249. 63	123,941. 35	47,499. 91	104,235. 91

Ueber diese Einnahmen müssen wir bemerken, daß sie zum größern Theile illusorisch sind. Mit den Kanzlei-einnahmen hat es zwar allerdings seine Richtigkeit; der größte Theil derselben besteht in Abonnementsgeldern des Bundesblattes, dessen Kosten auf der andern Seite ganz unter den Ausgaben erscheinen. Die Einnahme „Unvorhergesehenes“ in den Staatsrechnungen von 1851 und 1852 besteht hauptsächlich aus den Einnahmen der Fourageregie in Thun für die Fouragelieferungen an die dortigen Militärschulen, wogegen auf der andern Seite in den nämlichen Rechnungen unter den Ausgaben des Militärdepartementes ebenfalls ein Posten „Unvorhergesehenes“ erscheint, welcher 1851 auf Liv. 64,953. 86 und 1852 auf Fr. 87,732. 04 sich beläuft und vorzüglich aus den Ausgaben der Fourageregie für Ankäufe besteht. In dem Budget für 1854 ward nun der Fehler begangen, daß unter die sogenannten unvorhergesehenen Einnahmen die Summen, welche die Fourageregie für die Lieferungen an die Militärschulen empfängt, aufgenommen, dagegen aber in den Ausgaben des Militärdepartementes die Summen, welche die Fourageregie für die Ankäufe der Lieferungen ausgeben muß, ausgelassen wurden.

In dem Budget pro 1854 beträgt die als Einnahme der Fouragerie angeetzte Summe Fr. 64,885. 95. Dieser Posten ist, da die ihm gegenüberstehende wirkliche Ausgabe in dem Budget nicht vorgesehen ist, einfach zu streichen.

Nach dieser Berichtigung können die „Kanzleieinnahmen“, „Vergütungen“ und „Unvorhergesehenes“ nur angenommen werden auf Fr. 30,000.

Zusammenzug der verfügbaren Einnahmen.

Nach den bisherigen Ausführungen erzeigen sich als verfügbare Einnahmen des Bundes:

a. Reinertrag des Kapitalvermögens in runder Summe	Fr. 82,000
b. Reinertrag der Gränzzölle	„ 2,750,000
c. Reinertrag der Posten	„ —
d. Reinertrag der Pulververwaltung	„ 60,000
e. Kanzleieinnahmen, Vergütungen und Unvorhergesehenes	„ 30,000
Summa	Fr. 2,922,000

II. Ausgaben des Bundes.

Die Ausgaben, welche in den neuen Bundesinstitutionen nothwendig begründet sind, zerfallen gleich wie unter der 1815er Akte in die Zivil- oder sogenannten allgemeinen und in die Militärverwaltungskosten.

a. Allgemeine Verwaltungskosten.

Unter den allgemeinen Verwaltungskosten verstehen wir die sämtlichen Kosten der Zentralbehörden, der Räte, Departemente und Kanzleien, wie sie in den neuesten Budgets unter den Rubriken „Allgemeine Verwaltung“ und „Departemente,“ im Gegensatz zu den Kosten der Spezialverwaltungen dargestellt werden.

Wie wir hievor gesehen, betragen die Ausgaben dieser Rubrik unter dem 1815er Bunde im Jahre 1846 Liv. 65,000 = Fr. 92,857. Darunter waren die Kosten der Kanzleien und der diplomatischen Agenten begriffen. Durch die bereits berührte Ausdehnung der Centralis-

tion auf dem politischen und materiellen Gebiete gieng ein großer Theil der gesetzgebenden und administrativen Thätigkeit der Kantone auf die Zentralbehörden über, woraus eine wesentliche Vermehrung der Zentralverwaltungskosten entstand. In der konstituierenden Tagsatzung wurden die allgemeinen Kosten der Zentralverwaltung auf Liv. 300,000 = Fr. 428,571 berechnet. Die bisherigen Rechnungen welsen folgende Ergebnisse auf:

	1849	1850	1851	1852	1853	1854
	Liv.	Liv.	Liv.	Fr.	Fr.	Fr.
Nationalrath und Ständerath	109,962. 85	92,312. 30	73,470. 22	68,597. 59	104,340	72,350
Bundesrath	36,000. —	36,000. —	36,000. —	52,200. —	52,200	52,200
Kanzlei	83,919. 40	94,277. 95	90,051. 33	126,133. 67	97,750	104,700
Pensionen *)	— —	36,780. —	36,672. 50	56,377. 67	34,855	35,000
Politisches Departement . .	39,657. —	26,729. 52	34,514. 68	45,410. 63	40,800	51,500
Militärdepartement **) . .	— —	— —	— —	— —	—	11,000
Finanzdepartement	9,972. 65	10,399. 17	13,228. 11	26,364. 67	23,400	29,250
Zolldepartement	7,028. 92	8,834. 08	15,077. 30	23,753. 79	7,000	5,000
Post- und Baudepartement .	2,181. 45	35,451. 81	30,897. 37	21,441. 69	17,700	7,700
Justiz und Polizei	— —	6,361. 98	13,021. 66	68,673. —	32,300	33,700
Innereß	1,550. 68	7,326. 40	22,603. 74	25,832. 89	9,600	32,500
	Liv.	Liv.	Liv.			
	290,272. 95	354,473. 21	365,536. 91			
^{70/100} Fr.	414,675. 64	506,390. 30	522,195. 58	514,785. 60	419,945	434,900

*) Bis 1852 erscheint der volle Betrag der Pensionen für die Gefallenen und Verwundeten aus dem Sonderbundsriege in der Staatsrechnung; in den Budgets von 1853 und 1854 dagegen ist nur derjenige Betrag ausgesetzt, welcher nach Abzug der Zinse des Staatsinvalidenfonds übrig bleibt, weil letztere von da hinweg auch nicht mehr in den allgemeinen Staatseinnahmen erscheinen.

**) Die Departementalkosten wurden in den Rechnungen von 1849 bis 1853 von den Spezialausgaben der Militärverwaltung nicht getrennt.

Könnten die Voranschläge für 1853 und 1854 als maßgebend angenommen werden, so dürfte für die allgemeinen Verwaltungskosten die runde Summe von Fr. 450,000 genügen, allein nach den bisherigen Erfahrungen wurden die Budgetansätze in diesen Rubriken in der Regel überschritten. Wir schlagen demnach die Kosten der allgemeinen Verwaltung auf jährlich Fr. 500,000 an.

b. Militärausgaben.

Wie in Beziehung auf die Einnahmen des Bundes der Schwerpunkt in dem Ertrage der Zölle liegt, so bilden die Militärverwaltungskosten den Hauptbestandtheil der Ausgaben. Zoll und Militär sind die beiden Angelpunkte des eidg. Finanzsystems.

Zu dem Militärunterrichte, welcher unter dem 15er Bunde zentralisirt war, (Militärschule und Lager) kam unter dem neuen Bunde der ganze Rekruten- und Wiederholungsunterricht der Spezialwaffen (ausgenommen den Wiederholungsunterricht der Scharfschützen).

In der konstituierenden Tagsatzung ward die daraus hervorgehende Kostenvermehrung berechnet auf Liv. 230,000 dazu die früheren Kosten, welche zu . . . „ 270,000	
angenommen wurden, kam der Gesamt-	
voranschlag d. Centralmilitärverwaltungs-	
kosten zu stehen auf Liv. 500,000	
oder $\frac{70}{100}$ Fr. 714,285	

Bei der Berathung der neuen Militärorganisation wurde über die finanzielle Seite keine bestimmte Berechnung vorgelegt. Die bisherigen Rechnungsergebnisse sind folgende:

	1850	1851	1852	Budget pro 1853	Budget pro 1854
	Liv.	Liv.	Fr.	Fr.	Fr.
1) Gehalte und Tagelöhler	13,938. 31	17,959. 30	28,351. 93	33,250	23,750
2) Unterricht	441,421. 61	464,755. 65	954,507. 26	893,000	1,231,165
3) Trigonometrische Arbeiten	28,729. 41	24,198. 01	43,077. 65	45,500	45,500
4) Kriegsmaterial	81,932. 87	78,272. 49	126,909. 72	107,990	114,040
5) Festungswerke	12,037. 55	24,028. 45	27,347. 30	14,500	8,500
6) Sendungen, Kommissionen, Druckkosten u. s. w.	14,804. 20	8,205. 51	42,125. 37	10,350	12,000
7) Unvorhergesehenes	41,330. 56	64,953. 86	87,732. 04	—	—
	Liv. 634,194. 51	682,373. 27			
	⁷⁰ / ₁₀₀ Fr. 905,992. 15	974,818. 95	1,310,051. 27	1,104,590	1,434,955

Die bisherigen Rechnungsergebnisse bilden jedoch noch keinen vollständigen Anhaltspunkt zu Feststellung der künftigen normalen Militärausgaben, weil bis jetzt die neue Militärorganisation noch nicht vollständig durchgeführt ward. Der definitiven Gestaltung der Ausgaben im Militärwesen steht das Budget für 1854 am nächsten. Ein nicht als normal zu betrachtender Ansaß darin ist einzig derjenige über den Militärunterricht, welcher folgender Berichtigung bedarf:

a. Vermehrung.	Es fehlt in dem Budget der volle Ansaß für die Wiederholungskurse der Reserve, wie ihn die Militärorganisation fordert. Angesezt sind nur	
für Genie	Fr.	5,000
Artillerie	"	49,500
		<hr/>
	Fr.	54,500

Die künftigen Normalansätze werden aber sein:

Genie	Fr.	5,000	
Artillerie	"	73,000	
Kavallerie	"	8,000	
		<hr/>	" 86,000
	Vermehrung	Fr.	31,500

b. Verminderung. Im Budget sind Fr. 300,000 für Truppenzusammenzüge nach Art. 73 und 75 der Militärorganisation inbegriffen. Diese Summe soll aber nur je das zweite Jahr wiederkehren, so daß der normale jährliche Ansaß hiefür nur Fr. 150,000 ist, also weniger " 150,000

Diese Berichtigungen mit einander ausgeglichen, ergibt sich somit eine Verminderung von	Fr. 118,500
und die normalen künftigen „Kosten des Unterrichtes“ sind statt auf Fr. 1,231,165 zu	<u>Fr. 1,112,665</u>
und das Gesamtbudget der Militärverwaltung statt zu	<u>Fr. 1,434,955</u>
auf	<u>Fr. 1,316,455</u>
oder, um die Summe abzurunden, auf	Fr. 1,320,000

anzuschlagen, was beinahe das Doppelte derjenigen Summe ausmacht, welche in dem Voranschlag der konstituierenden Tagsatzung angenommen ward.

Unter dieser Summe ist nur das ordentliche Militärbudget, wie es sich auf Grundlage der neuen Militärorganisation gestaltet, verstanden. Außerordentliche Ausgaben oder Vermehrungen des Budgets durch eine weitere Centralisation von Militärverwaltungszweigen sind darin nicht vorgesehen. Das eidgenössische Militärdepartement, über die definitive Gestaltung des Militärbudgets befragt, bezeichnet als künftige neue oder außerordentliche Ausgaben:

- a. Unterricht der Aerzte der Infanterie, dessen Centralisation von einer Spezialkommission empfohlen werde, jährlich Fr. 7—8,000
- b. Befestigungen, mit Rücksicht auf die Einmündungen der Eisenbahnen auf unser Gebiet, und Unterhalt der bestehenden, eine Reihe von Jahren jährlich wenigstens „ 80—100,000

- c. Kasernenbau auf dem Waffenplatz
Lhun, nach dem einen Anschlag
Fr. 3—100,000, nach dem andern Fr. 750,000
- d. Vermehrung des Materiellen im
Falle neuer Befestigungen, nach
litt. b, wofür jedoch noch keine
bestimmte Summe ausgesetzt wer-
den könne.

In der letzten Bundesversammlung ward der Bundesrath mit der Untersuchung der Frage beauftragt, ob nicht weitere Zweige des Militärwesens zu centralisiren seien, wobei namentlich der Wiederholungsunterricht der Scharfschützen im Auge gehalten ward. Eine in Folge dessen stattgefundene Untersuchung zeigt, daß die Centralisation des letztgenannten Zweiges eine Kostenvermehrung für den Bund zur Folge haben würde von jährlich Fr. 115,000.

Die vollständige Herstellung des Kriegsmaterials, welches die neuen Militärgesetze dem Bunde zu halten auferlegen, wird trotz der außerordentlichen Anschaffung im gegenwärtigen Jahre im Belaufe von Fr. 171,000 noch eine Summe erfordern von circa Fr. 900,000. Sollte diese Anschaffung mehr beschleunigt werden, so müßte eine verhältnißmäßig stärkere Summe für „Kriegsmaterial“ auf das jährliche Budget genommen werden.

Von allen diesen möglichen neuen oder vermehrten Ausgaben sehen wir hier vor der Hand ab, da wir dieselben nicht unter die nothwendigen oder durch die Bundesinstitutionen direkt gebotenen zählen. In wie fern die nach Bestreitung der nothwendigen Bundesausgaben zur Verfügung bleibenden Finanzen vorzugsweise nach dieser Richtung zu verwenden seien, ist nicht

an uns zu entscheiden. Nur das erlauben wir uns zu bemerken, daß im Interesse der neuen Bundesinstitutionen eine weitere Steigerung des Militäraufwandes einstweilen wohl unterbleiben dürfte.

Zusammenzug der Ausgaben.

a. Allgemeine Verwaltung	Fr. 500,000
b. Militärverwaltung	„ 1,320,000
	<hr/>
Summa	Fr. 1,820,000

Bilanz.

Die Einnahmen wurden angeschlagen zu	Fr. 2,922,000
Die Ausgaben zu	„ 1,820,000
	<hr/>
Folglich erzeigt sich ein Ueberschuß der	
Einnahmen von	Fr. 1,102,000
oder rund	„ 1,100,000

Ungefähr zum nämlichen Resultate gelangen wir, wenn wir die Gesamtsommen von Einnahmen und Ausgaben, wie sie in den Staatsrechnungen erscheinen, der Vergleichung zu Grunde legen und die seither eingetretenen Veränderungen in den zwei Haupttheilen der eidgen. Finanzrechnung — den Zolleinnahmen und Militärausgaben — beifügen.

	1850 Liv.	1851 Liv.	1852 Fr.
Einnahmen	6,823,412. 28 ² / ₃	7,853,983. 29 ¹ / ₂	13,540,185. 05
Ausgaben	6,765,461. 77 ² / ₃	7,380,833. 86 ¹ / ₂	12,456,330. 82
Vorschlag	57,950. 51	473,149. 43	
	70/100 82,786. 44	675,927. 75	1,083,854. 23
Seitherige Vermehrung der Zolleinnahmen, rund *)	1,484,000. —	854,000. —	150,000. —
	1,566,786. 44	1,529,927. 75	1,233,854. 23
Seitherige Vermehrung d. Militärausgaben **)	415,000. —	346,000. —	10,000. —
Ergebniß Fr.	1,151,786. 44	1,183,927. 75	1,223,854. 23

*) Vergleichungszahlen sind hier: der Nettoertrag der Zölle, wie er für 1853 und die künftigen Jahre angenommen ward, von Fr. 2,750,000 einerseits, und der Nettoertrag vom betreffenden Staatsrechnungsjahre anderseits.

**) Die Vergleichungszahlen sind hier: die künftigen normalen Militärausgaben von Fr. 1,320,000 einerseits, und die Militärausgaben im betreffenden Staatsrechnungsjahre anderseits.

Warum bei dieser Vergleichung das Jahr 1850 ein verhältnißmäßiges geringeres Ergebniß zeigt, als die beiden folgenden Jahre, rührt wesentlich von dem mindern effektiven Zinseingange und von dem Minderertrage des Pulverregals jenes Jahres her. Die Ergebnisse aller drei Rechnungsjahre übersteigen immerhin noch wesentlich den oben angenommenen normalen Ueberschuß von Fr. 1,100,000, was darin seine Ursache hat, daß wir in unsern Berechnungen alle Zahlen bei den Einnahmen abwärts und bei den Ausgaben aufwärts abrundeten.

Unvorhergesehene und neue Bedürfnisse.

Indem wir, gegründet auf die obigen Ausführungen, den jährlichen Vorschlag der Bundeseinnahmen auf Fr. 1,100,000 anschlagen, liegt es in unserer weiteren Aufgabe, auf die möglichen neuen und unvorhergesehenen Bedürfnisse des Bundes aufmerksam zu machen.

a. Unvorhergesehene Bedürfnisse.

Neben den auf den bestehenden Institutionen beruhenden ordentlichen Bundesbedürfnissen können auch außerordentliche Ausgaben eintreten, die in unvorhergesehenen Ereignissen ihren Grund haben. Wir machen nur aufmerksam auf die außerordentlichen Ausgaben des laufenden Jahres, die sich an den Konflikt mit Oestreich knüpfen. Es können auch Mißjahre eintreten, wo die hievorigen angenommenen normalen Einkünfte vielleicht nicht ganz erreicht werden.

Es gebietet demnach die Vorsicht, den auf Grundlage der ordentlichen Einnahmen und Ausgaben berechneten Vorschlag nicht ganz

als verfügbar zu betrachten, sondern einen Theil davon für die „unvorhergesehenen“ Fälle sich frei zu behalten.

Wie hoch für letzten Zweck die Summe anzuschlagen sei, läßt sich nicht nach bestimmten Regeln entscheiden, sondern ist eine Frage des Ermessens und der Klugheit. Auf einige hunderttausend Franken ist sie immerhin anzunehmen; wir überlassen es jedoch dem Gesühle und Takte der Bundesversammlung, bei ihren einschlägigen Verhandlungen die erforderliche Summe des Nähern zu bemessen.

b. Neue Schöpfungen und Entwicklungen.

Die Summe, welche nach Abzug des für unvorhergesehene Fälle vorzubehaltenden Theils von dem jährlichen Vorschlage der Fr. 1,100,000 übrig bleibt, kann zu Zwecken verwendet werden, deren Ausführung die Bundesverfassung fakultativ läßt. Wir beschränken uns darauf, die möglichen Verwendungsarten dieser Summe anzudeuten.

a. Errichtung einer Bundesuniversität und polytechnischen Schule, wozu der Art. 22 der Bundesverfassung die Fakultät gibt. Der von dem Bunde zu tragende Theil der Kosten der Universität ist in dem allgemeinen Gutachten der nationalrätlichen Universitätskommission zu Fr. 267,000 und derjenige der polytechnischen Schule zu Fr. 63,500 angeschlagen.

b. Errichtung oder Unterstützung von öffentlichen Werken, bei denen die ganze Eidgenossenschaft oder ein größerer Theil derselben theilhaftig ist, wozu die Möglichkeit durch den Art. 21 der Bundesverfassung gegeben wird.

c. Ausdehnung der Centralisation im Militärwesen. Auch hier läßt die Bundesverfassung freie Hand. Eine solche Maßnahme kann aus dem Gesichtspunkte des militärischen Interesses oder aus demjenigen der Erleichterung der Kantone zur Frage gebracht werden.

d. Centralisation der Strafrechtspflege, die der Art. 106 der Bundesverfassung fakultativ läßt.

e. Aufnung des Kriegsfonds. Mit Ausnahme der im Art. 40 der Bundesverfassung vorgesehenen Militärkasse schreibt die jetzige Bundesverfassung keinen bestimmten Bestand des Kriegsfonds oder des Kapitalvermögens des Bundes überhaupt vor, und es hat also die Gesetzgebung und Verwaltung über die Frage der Aufnung des Kriegsfonds freie Hand.

Welchem von diesen Zwecken mit Beziehung auf die verfügbare jährliche Summe der Borrang einzuräumen sei, nehmen wir nicht in den Bereich der Erörterungen dieses Berichtes auf. Die verfügbar bleibende Summe reicht jedenfalls hin, mehrere dieser Zwecke zugleich auszuführen oder zu unterstützen. Mit Rücksicht hierauf dürfen wir demnach die eingangs aufgestellte Frage: ob vom finanziellen Standpunkte aus die Errichtung einer eidgenössischen Universität und polytechnischen Schule möglich sei, bejahen.

Bern, im Dezember 1853.

Namens der Kommission:

Stämpfli, Berichterstatter.

Bericht über die Finanzverhältnisse des eidgenössischen Bundes, veranlaßt durch die zur Prüfung der Frage über Errichtung der höhern Lehranstalten niedergesezte nationalrätliche Kommission. (Fortsetzung des Universitätsberichts.)

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1854
Année	
Anno	
Band	1
Volume	
Volume	
Heft	02
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	07.01.1854
Date	
Data	
Seite	63-97
Page	
Pagina	
Ref. No	10 001 315

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.